

RUDOLF SAUERZAPF

## Rosa Luxemburgs Eintreten für die russische Revolution von 1905 bis 1907

*Der vorliegende Text handelt von der Russischen Revolution 1905 – und ist selbst ein historischer Text. In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Entwurf verfaßt, blieb er unveröffentlicht. So ist dieser Text ein Dokument – ein Dokument aus der Wissenschaftsgeschichte der frühen DDR. Wir halten ihn in doppelter Hinsicht für interessant und veröffentlichen ihn deshalb ohne jede Aktualisierung.*  
Die Redaktion

Vor 100 Jahren, am 22. Januar 1905, begann die erste russische Revolution. Rund 200 000 gläubige Menschen – vor allem Arbeiter – versammelten sich in St. Petersburg vor dem Winterpalais, um dem Zaren eine Bittschrift zur Linderung ihrer Not und zur Verbesserung ihrer politischen Lage zu überreichen. Ohne Vorwarnung schoß die Palastwache in die Versammelten und tötete Hunderte von ihnen. Weitere Hunderte wurden verletzt. Das Massaker ging als der »Petersburger Blutsonntag« in die Geschichte ein. Im ganzen Lande – welches damals von der gemeinsamen Grenze mit dem Deutschen Reich über Mittelasien und Sibirien bis zum Pazifik reichte – antworteten die Volksmassen mit Demonstrationen und Streiks, die die Revolution einleiteten.

Der Petersburger Blutsonntag gab den Anlaß zur Revolution. Ihre Ursachen waren umfassender. Am Ende des 19. Jahrhunderts prägten tiefgehende soziale Widersprüche das autokratisch regierte Zarenreich. Die »Befreiung« der Bauern aus der Leibeigenschaft 1861 befreite sie tatsächlich von einem großen Teil des von ihnen bewirtschafteten Landes, das sie an die Großgrundbesitzer abtreten mußten. Viele von ihnen verloren damit ihre Erwerbsgrundlage und erlangten jene »doppelte Freiheit«, die sie schließlich der sich rasch entwickelnden Industrie als Arbeitssklaven zuführte. Durch den mit Hilfe vor allem französischen Kapitals ausgedehnten Eisenbahnbau nahmen der Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie einen bemerkenswerten Aufschwung. In den Randzonen des Russischen Reiches begehrten die unterworfenen Nationalitäten auf und widersetzten sich vehement der Russifizierung. Die gebildete Oberschicht – Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler – wandte sich gegen die Zensur und die geistige Bevormundung. Selbst in den liberalen Teilen der adligen Ständevertretung wurden Forderungen nach sozialen Reformen und einer Verfassung laut. Eine schwere Wirtschaftskrise, die nicht zuletzt durch den russisch-japanischen Krieg (1904 bis 1905) verursacht worden war, sowie die sich abzeichnende Nie-

Rudolf Sauerzapf –  
Jg. 1929; Dr. phil.,  
1952-1958 wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Leo Stern (Deutsche Geschichte) und 1959-1965 bei Prof. Dr. Gerhard Bondi (Wirtschaftsgeschichte); 1965-1977 Betriebssoziologe im VEB Filmfabrik Wolfen; 1978-1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Vertreibung des Leo Kofler (mit dem Abschnitt »Der Fall Sauerzapf«), Heft 168 (Oktober 2004).

In den von Leo Stern herausgegebenen »Archivalischen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« erschien anlässlich des 50. Jahrestages der russischen Revolution von 1905-1907 zwei umfangreiche Publikationen, an denen der Autor maßgeblich mitwirkte: Bde. 2/II – III Die Auswirkungen der Ersten Russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland, Rütten & Loening, Berlin 1954/56 und Bde. 2/IV – VII Die Erste Russische Revolution von 1905-1907 im Spiegel der deutschen Presse, gleicher Verlag, 1961. Vgl. auch Rudolf Sauerzapf: Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur russischen Revolution von 1905, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Jg. III, 1953/54, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Heft 1.

derlage Rußlands spitzten die inneren sozialen Widersprüche zu und lösten Anfang 1905 eine Streikbewegung aus.

Zu diesen objektiven Ursachen der Revolution hatten sich auch bereits ihre Subjekte – die politischen Parteien – gebildet, die den Unruhen *ihren Weg und ihr Ziel* zu geben beabsichtigten. 1898 wurde die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR)* gegründet, die sich 1903 in *Bolschewiki* und *Menschewiki* teilte. 1902 entstand aus lokalen Narodniki-Gruppen die *Partei der Sozialrevolutionäre*. Diese drei Parteien waren die Träger der Revolution. Aber auch von liberalen Adligen kam auf dem Semstwo-Kongreß 1904 die Forderung, ein Parlament (Duma) einzuberufen und den Staat in eine konstitutionelle Monarchie umzuwandeln. Diese liberalen Kreise bildeten in der 1. Reichsduma die Partei der Kadetten. Die konservativ-reaktionären Kreise der russischen Gesellschaft nahmen das Oktobermanifest des Zaren 1905, das einzig den Zweck verfolgte, der Revolution den Wind aus den Segeln zu nehmen, als politische Plattform und nannten sich folglich *Oktobristen*.

Die Höhepunkte der russischen Revolution konzentrierten sich auf das Jahr 1905. Dem Blutbad von St. Petersburg folgten in nahezu allen Landesteilen Unruhen und Massenstreiks, die erstmals ausgeprägt politische Forderungen erhoben. Teile des Militärs beteiligten sich an den politischen Demonstrationen. International großes Aufsehen erregte der Aufstand der Matrosen des Panzerkreuzers »Potjemkin«. Im Oktober weiteten sich die politischen Massenstreiks zum allrussischen Generalstreik aus. In St. Petersburg trat zum ersten Mal ein Rat (Sowjet) der Arbeiterdelegierten zusammen. Dem Beispiel folgten Moskau und schließlich das ganze Land. Die Verhaftung des Petersburger Sowjets im Dezember beantworteten die revolutionären Gruppen – insbesondere die Bolschewiki – mit dem bewaffneten Aufstand. In Moskau und Warschau griffen die Arbeiter zu den Waffen. Beide Aufstände sowie einige spontane Bauernaufstände wurden im Laufe des Januar 1906 blutig niedergeschlagen. Damit war der Zenit der Revolution überschritten. Die Revolution endete in den Wortgefechten der jeweiligen Reichsduma, die mehrfach aufgelöst wurde, bis sie als Feigenblatt eines restaurierten zaristischen Absolutismus funktionierte.

Die russische Revolution von 1905-1907 war eine unter den Bedingungen des Imperialismus vor sich gehende bürgerlich-demokratische Revolution. Daraus folgt, daß Rußland unter fortgeschrittenen sozialökonomischen Verhältnissen und mit einem zahlenmäßig und politisch höher entwickelten Proletariat in die bürgerlich-demokratische Revolution eintrat, als das bei allen anderen europäischen Staaten der Fall war. Aus dieser Lage ergab sich nach Lenin »die Eigentümlichkeit der russischen Revolution«, die darin bestehe, »daß sie nach ihrem sozialen Inhalte eine *bürgerlich-demokratische*, nach ihren Kampfesmitteln aber eine *proletarische* war«.<sup>1</sup> Die russische Arbeiterklasse stand an der Spitze der revolutionären Kräfte Rußlands und gab der Revolution ihr Gepräge. Rußland verwandelte sich endgültig aus einem Bollwerk der internationalen Reaktion zu einem Herd der internationalen Revolution. Lenin würdigte ihre Bedeutung mit der Feststellung: »Ohne die »Generalprobe« von 1905 wäre der Sieg der Oktoberrevolution nicht möglich gewesen.«<sup>2</sup>

1 W. I. Lenin: Ein Vortrag über die Revolution von 1905, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 6.

2 Derselbe: Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag Berlin 1954, S. 675.

Das Petersburger Blutbad vom 22. Januar 1905 fand in der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus in breiten Schichten des Bürgertums und der bürgerlichen Intelligenz starken Widerhall. Rosa Luxemburg erläuterte eindringlich den Sinn und die Lehren der russischen Ereignisse. Mit deutlicher Anspielung auf die von einer servilen Geschichtsschreibung und Publizistik genährten Legende vom »sozialen Königtum der Hohenzollern« schilderte sie die Gründe für den »Bittgang des Proletariats«, der den Anstoß zu einer gewaltigen Volksrevolution geben sollte. Und sie stellte sarkastisch fest: »Es genügt, daß die erregte Volksmasse auf den formell kindlichen, tatsächlich furchtbaren Gedanken kommt, sich einmal ihren Landesvater von Angesicht zu Angesicht anzusehen und die Mythe vom »sozialen König- oder Kaisertum« verwirklichen zu wollen, damit sich die Bewegung ... in die Schlacht zweier Zeitalter verwandelt.«<sup>3</sup>

In Deutschland hatten die Arbeiter im Prinzip die gleichen ökonomischen und politischen Interessen wie die russischen Arbeiter. In Deutschland wie in Rußland lasteten auf der Arbeiterklasse der ökonomische Druck des Kapitals und der politische Druck des Absolutismus, auch wenn letzterer in Deutschland parlamentarisch verbrämt war. Aus dieser Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen, aus der internationalen proletarischen Klassensolidarität resultierten die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse, die durch die russische Revolution von 1905 ausgelöst oder beeinflußt wurden.

Als die Nachricht vom Petersburger Blutsonntag in Deutschland eintraf, standen im Ruhrgebiet bereits 155 000 Bergarbeiter im Streik. Durch den Ausbruch der Revolution in Rußland erfuhr die Streikfront der Bergarbeiter eine bedeutende moralische Stärkung. Dem Streik schlossen sich die 14 000 Bergarbeiter des oberschlesischen Reviers an. Am 9. Februar 1905 befanden sich von den insgesamt 268 000 beschäftigten Bergarbeitern bereits 220 000 im Streik, der auch noch auf die Aachener und Saarbrücker Reviere überzugreifen drohte.<sup>4</sup>

Nach dem Ausbruch der Revolution in Rußland nahmen die Streikkämpfe in Deutschland an Zahl und Umfang sprunghaft zu.<sup>5</sup>

Die großen Solidaritätsaktionen des gesamten deutschen Proletariats zugunsten der streikenden Bergarbeiter zeigten seine Kraft und seine Entschlossenheit, der Offensive des Monopolkapitals mit neuen, revolutionären Kampfmethoden entgegenzutreten. Rosa Luxemburg stellte fest: »Es ist eine gründliche Lektion revolutionären Optimismus, die uns durch die Petersburger Ereignisse erteilt wird.«<sup>6</sup> Die Gründe dafür sah sie darin, daß »sämtliche ökonomischen Kampfobjekte des russischen Proletariats in der jetzigen Revolution auch für das deutsche Proletariat höchst aktuell« sind und »lauter wunde Stellen des Arbeiterdaseins« berühren.<sup>7</sup> Ein heißer Drang nach Aufklärung über die russische Revolution hatte die deutschen Arbeiter ergriffen. Groß war das Verlangen, Rosa Luxemburg zu hören. Die Interessiertheit der Arbeiter öffnete ihr selbst die Gewerkschaftsversammlungen, die ihr bisher wegen ihres Kampfes gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer verschlossen waren. Das war ein beachtlicher Erfolg für die revolutionäre Propaganda. Wegen ihrer engen Verbindung zur polnischen und über diese zur

3 Rosa Luxemburg: Der Bittgang des Proletariats, in: Die Neue Zeit, 23. Jg. 1904/05, 1. Bd., S. 713.

4 Vgl. Bericht des Innenministers von Hammerstein an Wilhelm II. vom 27. Januar 1905, in: Die Auswirkungen der Ersten Russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland, a. a. O., S. 25 f.

5 Vgl. Rudolf Lindau: Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz Verlag Berlin 1947, S. 58.

6 Rosa Luxemburg: Nach dem ersten Akt, in: Die Neue Zeit, 1904/05, 1. Bd., Nr. 19, 1. Februar 1905.

7 Dieselbe: »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, Verlag von Erdmann Dubber Hamburg 1906, S. 44.

russischen Sozialdemokratie, wegen ihres begeisterten Engagements für die Sache der russischen Revolution wurde Rosa Luxemburg deren Repräsentantin in Deutschland

Die Solidaritätsbeweise und -aktionen der deutschen Arbeiter verfehlten nicht ihren Eindruck auf die junkerlich-bourgeois Machthaber. So wurden von der überregionalen Konzentration von Polizeikräften anlässlich des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien ausgenommen, »um für etwaige Arbeiterunruhen im Osten gerüstet zu sein«.<sup>8</sup> Die preußische Regierung hatte die Möglichkeit einer Beeinflussung des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien durch die russische Revolution sofort erkannt. So finden wir im Bericht des Oberpräsidenten der damaligen Provinz Posen an den preußischen Innenminister vom 4. Februar 1905 den Alarmruf: »Der immer größere Dimensionen annehmende Aufruhr im Weichselgebiet läßt ... das Schlimmste befürchten.«<sup>9</sup> Neben einigen Zugeständnissen an die streikenden Bergarbeiter blieb den Regierenden nur noch der Ruf nach Polizei und Militär.

Damit waren auch in Deutschland die Fronten klar: Die klassenbewußten Arbeiter und ihre politischen Sprecher standen auf der Seite der russischen Revolution und waren zu revolutionären Aktionen in Deutschland bereit. Gegen sie machten die junkerlich-bourgeois Machthaber mobil. Auf total falschen Positionen verharteten jedoch Opportunisten und Reformisten, die in der Gewerkschaftsbewegung und in der sozialdemokratischen Partei bereits leitende Funktionen erlangt hatten. Sie verkannten den Charakter der russischen Revolution von 1905 vollkommen. Sie sahen sie ausschließlich als einen Nachläufer der bürgerlichen Revolutionen Westeuropas an, nicht aber als Vorläufer der proletarischen Revolution. Sie verhielten sich deshalb auch nicht als Lernende zu ihr, sondern sahen überheblich die Vorgänge in Rußland an als einen Kampf, »bei dem es sich darum handelt, die elementarsten Grundbedingungen des modernen staatlichen Lebens erst zu erobern«<sup>10</sup>, als einen Kampf, der ihnen, den Staatsbürgern eines konstitutionellen »zivilisierten« Staates nichts zu sagen habe. Triumphierend rief Bebel auf dem Mannheimer Parteitag 1906 aus: »Wir haben im Deutschen Reiche das allgemeine Stimmrecht.«<sup>11</sup> Zwar wurden in Resolutionen »der Zähigkeit, der aufopfernden Hingabe und Begeisterung der Kämpfer« »höchste Anerkennung und Bewunderung« gezollt, man sprach ihnen die »wärmste Sympathie« und die »tiefste Verbundenheit« aus<sup>12</sup>, aber nur die klassenbewußten Arbeiter und die revolutionäre Linke nahmen diese Versicherungen ernst.

Rosa Luxemburg hatte in Warschau an den Kämpfen der Revolution teilgenommen. Ihre Erfahrungen gab sie in der Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« wieder. Damit leistete sie wertvolle Arbeit für das Verständnis der russischen Revolution. Gründlich räumte sie auf mit der Vorstellung selbst sozialdemokratischer Kreise, daß der russische Proletarier »noch der Muschik, der Bauer mit langem Flachshaar, Fußlappen und stupidem Gesichtsausdruck« sei, mit den Leuten, die »der gegenwärtigen russischen Revolution ... mit Phrasen von ›krachenden Eisschollen‹, ›unendlichen Steppen‹, ›stumm weinenden müden Seelen‹ und dergleichen kra-

8 Vgl. Bericht des Innenministers von Hammerstein an Wilhelm II. vom 27. Januar 1905, a. a. O., S. 25 ff.

9 Vgl. Nr. 13 der Archiv. Forschungen in Bd. 2/1, a. a. O., S. XXVIII.

10 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mannheim 1906, S. 231.

11 Ebenda, S. 232.

12 Ebenda, S. 144.

chenden belletristischen Redensarten im Geiste bürgerlicher Journalisten« beizukommen versuchten, »und die mit gleichmäßig wohlwollender Ignoranz über die sozialen Probleme beider Hemisphären hinweg glitten«. <sup>13</sup> Denjenigen, die in der Vorstellung lebten, daß »der Proletarier im Zarenreich vor der Revolution durchweg auf dem Lebensniveau eines Paupers gestanden« habe, hielt sie entgegen: »Mit Paupers werden keine Revolutionen von dieser politischen Reife und Gedankenklarheit gemacht, und der im Vordertreffen des Kampfes stehende Petersburger und Warschauer, Moskauer und Odessaer Industriearbeiter ist kulturell und geistig dem westeuropäischen Typus viel näher, als sich diejenigen denken, die als die einzige und unentbehrliche Kulturschule des Proletariats den bürgerlichen Parlamentarismus und die regelrechte Gewerkschaftspraxis betrachten. ...« <sup>14</sup>

In den Diskussionen um die Lehren der russischen Revolution von 1905 wurde der in ihr so erfolgreich angewandte politische Massenstreik zum Kriterium revolutionärer Einstellung und Gesinnung. Seit Jahren mieden die Partei- und Gewerkschaftsführungen die Diskussion dieses Kampfmittels. Jetzt ließen sich die Arbeiter nicht mehr hinhalten. Rosa Luxemburg und ihre Freunde propagierten mit Energie und hinreißendem Schwung die Erfahrungen der russischen Revolution. In zahllosen Reden und Aufsätzen widerlegten sie an Hand des russischen Beispiels die herrschende opportunistische These, daß in Deutschland der politische Massenstreik unmöglich sei. In der »Leipziger Volkszeitung« vom 21. März 1905 stellte sie gegen alle reformistischen Einwände klar: »Die russische Revolution führt ein neues Element in die Kampfmethoden des internationalen Proletariats ein ... Die russischen Arbeiter haben es den westeuropäischen Arbeitern vorgemacht, in welcher Weise man den viel erörterten Generalstreik praktizieren muß. Nicht durch eine einmütige Niederlegung der Arbeit in allen Städten und allen Betrieben, die an sich ein utopischer Gedanke wäre, sondern durch unermüdlige Arbeitseinstellungen bald hier, bald dort, durch Streiks, die den Gegner nie zur Ruhe kommen lassen, die in einer anderen Stadt oder in einem anderen Betrieb aufflammen, sobald anderswo die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, durch eine unaufhörliche Erschütterung des Kapitals, das seiner Natur nach Ruhe und Ordnung braucht, und endlich durch Desorientierung und Demoralisierung der Staatsgewalt.« <sup>15</sup>

Unter dem Eindruck des russischen Beispiels setzten sich die Befürworter des politischen Massenstreiks auch in der deutschen Arbeiterklasse durch. Schon begannen sie im besonderen die Frage zu erörtern, ob nicht in Preußen mit Hilfe des politischen Massenstreiks das verhaßte Dreiklassenwahlrecht beseitigt werden könnte. In jedem Falle sahen sie im politischen Massenstreik ein Kampfmittel, um demokratische Rechte zu erobern oder zu verteidigen. Die deutschen Arbeiter zwangen die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sich mit der Anwendung des politischen Massenstreiks zu befassen. Welche Befürchtungen die Hinwendung der Arbeiter zu revolutionären Kampfmitteln bei den herrschenden Kreisen hervorrief, geht aus einem Bericht des Polizeiamtes Leipzig hervor, worin es heißt: »Der Gedanke einer massenhaften Arbeitseinstellung zur Erreichung politischer Rechte oder bei Einschränk-

13 Rosa Luxemburg: Die Revolution in Rußland, in: Die Neue Zeit, 23. Jg. (1904/05), 1. Bd., S. 573.

14 Dieselbe: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, a. a. O., S. 37 f.

15 Die russische Revolution von 1905-1907 im Spiegel der deutschen Presse, a. a. O., Bd. 2/III, Dok. 54, S. 153.

16 Ebenda, Bd. 2/1, Dok. Nr. 9, S. 240/241.

17 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Köln a./Rh. vom 22. – 27. Mai 1905, Berlin 1905, S. 30 und S. 215.

18 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Buchhandlung »Vorwärts« Berlin 1905, S. 141.

19 Ebenda, S. 284/285.

kung derselben hat in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bereits so feste Wurzeln gefaßt, daß mit den Gefahren dieses revolutionären Mittels gerechnet werden muß.«<sup>16</sup>

Unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Demokratie verschafften sich die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Legien und Bömelburg, auf dem vorzeitig einberufenen Kölner Gewerkschaftskongreß eine ergebene Mehrheit. Sie bezeichneten den Generalstreik als »Generalunsinn« und forderten dazu auf, dafür zu sorgen, daß die Diskussion über den Massenstreik verschwinde und man die Lösung der Zukunft überlasse.<sup>17</sup> Mit großer Entrüstung reagierten die Arbeiter auf diesen Versuch, einem entsprechenden Beschluß des Parteitages vorzugreifen. Unter dem Einfluß der russischen Revolution und unter dem moralischen Druck des durch sie revolutionierten deutschen Proletariats mußte der Parteitag der SPD in Jena 1905 die Frage des politischen Massenstreiks auf die Tagesordnung setzen.

Der Jenaer Parteitag der SPD im September 1905 stand ganz unter dem Einfluß der russischen Revolution. Er gab ihm eine vorwärtsweisende Kraft, eben jenen »revolutionären Optimismus«, den die russische Revolution – nach der Feststellung Rosa Luxemburgs – ausströmte. »Mit freudiger Genugtuung« begrüßte der Parteitag daher auch »das größte welthistorische Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution«<sup>18</sup>. Den Höhepunkt des Jenaer Parteitages aber bildete die Debatte über den politischen Massenstreik. Sie war gekennzeichnet durch die heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Reformisten und Opportunisten einerseits und den revolutionären Sozialisten andererseits. Gestützt auf die entschlossene Haltung der Arbeitermassen, setzten sich Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin leidenschaftlich dafür ein, daß der Parteitag aus den Erfahrungen der russischen Revolution Lehren ziehen und den Massenstreik als eine revolutionäre Kampfform anerkennen sollte. Sie rissen die schwankenden Elemente mit und bereiteten den Reformisten eine Niederlage. Die den politischen Massenstreik betreffende Resolution des Jenaer Parteitages legte fest, »daß namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr ausdrücklich anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.<sup>19</sup> Trotz der in der Formulierung – »geeignet erscheinende Mittel«, »gegebenen Falles« und in der Umgehung des Wortes »Streik« durch »Massenarbeitseinstellung« – und in der Beschränkung des Massenstreiks auf ein im wesentlichen defensives Kampfmittel sichtlich vorhandener Mängel der Resolution war ihre Durchsetzung unzweifelhaft ein Erfolg der revolutionären Linken über die Reformisten.

Der Jenaer Parteitag übte auf den Kampf der Arbeitermassen eine anfeuernde Wirkung aus. Reformisten und Opportunisten waren vorübergehend an die Wand gedrückt. Noch hinderte sie die kraftvolle, von der russischen Revolution ausgelöste Bewegung daran, die Advokatenkniffe und Spitzfindigkeiten anzuwenden, die sie in

den Resolutionstext eingeschmuggelt hatten. Die Auswirkungen der russischen Revolution von 1905 führten somit in der deutschen Arbeiterbewegung zu erfolgversprechenden Ergebnissen.

Mit großer Besorgnis verfolgten die deutschen Polizeiorgane den Aufschwung, der sich in der deutschen Arbeiterbewegung vollzog. So stellte das Berliner Polizeipräsidium nach dem Jenaer Parteitag fest: »Die russische Revolution hat über die Grenzen des russischen Reiches hinaus Wellen geschlagen und auf die gesamte internationale Sozialdemokratie eingewirkt, die durch sie ... eine gewisse revolutionäre Energie empfing. Die ... ziemlich unvermittelt aufgetretene Neigung zu Straßendemonstrationen und Massenumzügen, die sich diesmal selbst bei den an sich nicht besonders dafür inklinierenden Sozialdemokraten deutscher Zunge gezeigt hat, ist sicher eine Folgeerscheinung der russischen Revolution.«<sup>20</sup>

Das Polizeiamt Leipzig warnte vor der Annahme, daß die Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter ablege und sich zu einer Reformpartei ausgestalte. Es hob hervor, daß sie »vielmehr eine immer radikalere Richtung einschlägt, das zeigten auch die Verhandlungen des ... in Jena abgehaltenen Parteitages ...«<sup>21</sup>

Nach dem Jenaer Parteitag vergrößerten sich die politischen Spannungen außerordentlich. Die klassenbewußten Arbeiter beriefen sich darauf, daß der Beschluß des Jenaer Parteitages Massenarbeitseinstellungen auch vorsah, »um sich ein wichtiges Grundrecht zu erobern«. Sie forderten von der sozialdemokratischen Parteiführung die Anwendung des neuen Kampfmittels im Wahlrechtskampf. Auf seiten des junkerlich-bourgeois Staatsapparats nahmen die Vorkehrungen gegen sozialdemokratische Aktivitäten zeitweise hektische Formen an. Schon wurden neue Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie erwogen.

Die Parteiführung der SPD wich vor der Drohung mit einem neuen »Sozialistengesetz« zurück. Die Forderung nach der Anwendung des politischen Massenstreiks beantwortete sie dahingehend, daß der Wahlrechtskampf kein »gegebenen Fall« im Sinne der Jenaer Resolution sei. Damit wurde der ganzen Bewegung jede mögliche Wirkung genommen. Die kampfbereiten Massen wurden zurückgestoßen, demoralisiert und betrogen. Aber es sollte noch schlimmer kommen.

Der Kunde von der Niederlage des Moskauer Dezemberaufstandes und von Plechanows verzweifelter »man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen« folgte das deutsche Echo. Im Februar 1906 trafen sich der Parteivorstand der SPD und die Generalkommission der Gewerkschaften zu einer Geheimkonferenz, um ihre Differenzen in der Frage des politischen Massenstreiks beizulegen und ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen. Diese 1 der Geheimabmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission lautete: »Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren (!), sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.«<sup>22</sup> Die »Einigkeit«, ein radikales Gewerkschaftsorgan, das durch Indiskretion den Inhalt des Abkommens erfuhr, publizierte ihn mit dem Alarmruf: »Achtet auf eure Tribünen!«<sup>23</sup>

Ein Sturm der Entrüstung ging durch die deutsche Arbeiterschaft. Auf den Vorbereitungsversammlungen für den Parteitag in Mann-

20 Archivalische Forschungen, Bd. 2/1, a. a. O., Dok. Nr. 88, S. 234.

21 Ebenda, Dok. 91, S. 241.

22 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mannheim 1906, S. 229/230.

23 Ebenda, S. 246 f.

24 Ebenda, S. 116.

heim 1906 wurden Protestentschließungen und Anträge an den Parteitag angenommen, in denen die Mitgliedermassen forderten, »daß der Parteitag in Zeiten großer politischer Erregung ohne weiteres die Initiative zur Anwendung auch der stärksten Kampfmittel ergreift und die natürliche Erregung der Massen planmäßig und mit Bewußtsein auf dieses Ziel hinleitet«.<sup>24</sup> Von den insgesamt 17 Anträgen, die dem Mannheimer Parteitag zur Massenstreikfrage zugehen, waren 14 für Festhalten an der Jenaer Resolution und vor allem für ihre Verwirklichung. Diese 14 Anträge kamen von 13 Wahlkreisorganisationen und einem Landesverband. Ihnen entgegen standen ein Kompromißantrag Kautskys und die Anträge von Bebel und Legien, die ganz im Sinne der reformistischen Gewerkschaftsbeamten abgefaßt waren.<sup>25</sup>

25 Ebenda, S. 115 f.

Trotz der eindeutigen Willensbekundungen der Parteibasis gelang es den reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführern, dem Massenstreikbeschluß des Jenaer Parteitages eine solche unverbindliche Neufassung zu geben, der ihn als Mittel politischen Handelns ungeeignet machte. So bestand die Meinung der Delegierten zu Recht, daß Jena eine Fanfare war, Mannheim aber einer Schamade gliche. Kautsky verteidigte diesen Rückzug der Parteiführung mit der Notwendigkeit des Friedensschlusses zwischen Partei und Gewerkschaften.<sup>26</sup> Die Grundlage dieses »Friedensschlusses« findet ihren Niederschlag in der Resolution des Mannheimer Parteitages zur Frage des politischen Massenstreiks: »Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt. ... *Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.*«<sup>27</sup>

26 Karl Kautsky: Der Parteitag von Mannheim, in: Die Neue Zeit, 25. Jg. (1906/07), 1. Bd., S. 10.

27 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1906, a. a. O., S. 305.

28 Ebenda, S. 315.

Rosa Luxemburg bemerkte zu dieser »Einigung« von Partei und Gewerkschaften spöttisch: »Ich befürchte, daß ... das Verhältnis der Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie sich etwa im Sinne jenes bekannten bäuerlichen Ehevertrages gestaltet, wo die Frau dem Manne sagte: ›Wenn wir in einer Frage einverstanden sind, so soll dein Wille geschehen; wenn wir auseinandergehen, soll nach meinem Sinne gehandelt werden«.<sup>28</sup> Die Bereitschaft der klassenbewußten Arbeiter, den Drohungen der junkerlich-bourgeois Machthaber die ihnen eigenen revolutionären Kampfmittel standhaft entgegen zu stellen, wurde von den reformistischen Führern in Partei und Gewerkschaften schmachvoll verraten.

Unter den zahlreichen Aspekten der russischen Revolution von 1905 und ihren weitreichenden Lehren sei noch der eine hervorgehoben: Das Verhältnis der sozialistischen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Antimilitarismus, zur Frage von Krieg und Frieden. Zu den tiefgehenden sozialen und nationalen Widersprüchen im zaristischen Rußland, die letztlich zum Ausbruch der Revolution führten, kamen die Wechselbeziehungen von Revolution und militärischen Niederlagen Rußlands im russisch-japanischen Krieg von 1904/05 hinzu. Die Revolution fand in den besiegten, von der Offi-



zierskaste mißbrauchten und sich betrogen fühlenden Soldaten, von den in Uniform gesteckten Bauern und Arbeitern ihre natürlichen Verbündeten. Truppenmeutereien und lokale Militäraufstände erschütterten die wichtigste Machtposition des Zarismus. Der Matrosenaufstand auf dem Panzerkreuzer »Potemkin« war ein Menetekel für alle reaktionären Machthaber und wurde auch als ein solches verstanden.<sup>29</sup>

Die russische Revolution beeinflusste auch die außen- und militärpolitischen Konstellationen. Durch seine Niederlage im russisch-japanischen Krieg hatte Rußland seinen Einfluß im pazifischen Raum verloren. Die preußisch-deutschen Machthaber und Wilhelm II. persönlich waren bemüht, die Bedrängnis Rußlands durch die Revolution dazu auszunutzen, Rußland dem französischen Einfluß zu entziehen. Dem diente u. a. die Begegnung Wilhelms II. mit dem Zaren am 24. Juli 1905 in den finnischen Schären bei Björkö. Wenn auch solche Versuche an der Haltung der russischen Regierung scheiterten, so hatte die Kaiserbegegnung von Björkö doch zur Folge gehabt, »daß in Rußland in weitesten Kreisen Deutschland und der Kaiser dafür verantwortlich gemacht worden ist, daß das Zarentum den Forderungen des russischen Volkes so heftigen Widerstand entgegengesetzt habe«.<sup>30</sup> Rußland war durch seine zerrütteten Finanzen und die französischen Kapitalanlagen an Frankreich gebunden. Die preußisch-deutschen Machthaber mußten sich damit abfinden, daß der kommende Krieg ein Zweifrontenkrieg sein würde.

Im Herbst 1905 erregte eine Reihe militärischer Maßnahmen die deutsche und die internationale Öffentlichkeit. Den offiziellen Anlaß dazu gaben die organisierten Bittgesuche deutscher Landbarone in den baltischen Provinzen um militärischen Schutz gegen die »plündernden Bauern«. Ende Oktober 1905 wurde in Kiel die 3. Torpedodivision in Dienst gestellt. Anfang November lief sie »zum Schutz deutscher Reichsangehöriger in den Ostseehäfen« aus. Auch »eine militärische Sicherung der Grenze« wurde jetzt für »unvermeidlich« angesehen.<sup>31</sup> Diese Vorgänge nährten die Befürchtungen, einer deutschen militärischen Intervention gegen die Revolution in Rußland. Das zu verhindern, war die deutsche Arbeiterklasse jedoch fest entschlossen. Eindeutig erklärte Karl Liebknecht, daß die deutsche Arbeiterklasse jeden Versuch, »der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preußisch-deutschen Reaktion« beantworten werde.<sup>32</sup> Dieser Haltung der Arbeiterklasse mußten die junkerlich-bourgeoisenen Machthaber in Deutschland in den beiden Marokko-Krisen von 1905/06 und von 1911/12, in denen ein Kriegsausbruch mit Frankreich unmittelbar bevorstand, Rechnung tragen. Die Beziehungen zu Großbritannien spitzten sich wegen der forcierten deutschen Flottenrüstung außerordentlich zu. Deutschlands außenpolitische Isolierung war vollständig. Auf der Algeciras-Konferenz 1906 unterstützte selbst das verbündete Italien Frankreich gegen Deutschland.

Für jedermann war die wachsende Kriegsgefahr erkennbar. Das veranlaßte die deutsche und die internationale sozialistische Bewegung, in ihren Beschlüssen einen eindeutigeren Ton anzuschlagen. In der deutschen Sozialdemokratie wurde Karl Liebknecht zum unermüdlichen und prinzipienfesten Kämpfer gegen den Militarismus.

29 Vgl. Archiv. Forschungen, Bd. 2/IV, a. a. O., S. 450 ff.

30 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 11. Legislaturperiode, II. Session 1905/06, Bd. 4, S. 3450.

31 Vgl. Archiv. Forschungen ..., a. a. O., Bd. 2/I, Nr. 37, 38 und 39 der Quellen.

32 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Mannheim 1906, a. a. O., S. 282.

Zugleich widmete er auf nationaler wie auf internationaler Ebene der antimilitaristischen Bildung und Erziehung der Arbeiterjugend große Aufmerksamkeit. 1907 veröffentlichte er sein Buch »Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung«. In ihm entlarvte er das Zusammenspiel der deutschen Regierung mit der Rüstungsindustrie, vor allem mit dem Industriellen Friedrich Krupp, und er begründete die Notwendigkeit einer besonderen antimilitaristischen Bildung und Erziehung der Jugend. Dieses Buches wegen erhoben die imperialistischen Machthaber Anklage gegen ihn. Die Klassenjustiz verurteilte ihn zu anderthalb Jahren Festungshaft.

Die deutsche wie die internationale Sozialdemokratie nahmen auf Parteitag und Kongressen Grundsatzserklärungen zu ihrer Haltung zu den Fragen von Militarismus und Krieg an. Bis 1907 beschränkten sich aber alle diese Resolutionen auf politische Maßnahmen zur *Vermeidung* eines Krieges. Dementsprechend standen die Empfehlungen an die sozialistischen Parlamentarier auch an erster Stelle.<sup>33</sup> Dies änderte sich mit der Resolution des Kongresses der Sozialistischen Internationale 1907 in Stuttgart. Das Internationale Sozialistische Büro (ISB) legte dem Kongreß als Resolutionsentwurf wiederum die rituellen Empfehlungen und Forderungen vor, die aber einer Anzahl von Delegierten in Anbetracht der Erfahrungen der russischen Revolution und der akuten Kriegsgefahr nicht genügten. Mit dem Mandat der polnischen und russischen Sozialdemokratie nahm Rosa Luxemburg an den Beratungen des Kongresses teil. Außerhalb der Beratungen traf sie sich mit Lenin, der über kein Mandat verfügte. Aus der Analyse der militärischen Fakten, die im Zusammenhang mit der russischen Revolution auftraten, schlußfolgerten sie als Ergänzung der dem Kongreß vorliegenden Antikriegsresolution: »Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«<sup>34</sup> Die Antikriegsresolution *mit der Ergänzung*, die Lenin und Rosa Luxemburg ihr gaben, wurde vom Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 einstimmig angenommen und vom Sozialistenkongreß in Basel 1912 ebenso einstimmig und feierlich bekräftigt.

Bereits im Oktober 1905, nach den Zugeständnissen des Zaren an die Revolution und im Zusammenhang mit der deutschen Marokko-Provokation erwog der Chef des deutschen Generalstabs, Feldmarschall von Schlieffen, einen Präventivkrieg gegen Frankreich zu führen. Auch im Auswärtigen Amt fand die Absicht Zustimmung.<sup>35</sup> Sie stieß jedoch auf die Ablehnung Wilhelms II. In einem Brief an Reichskanzler von Bülow erklärte er, er wolle keinen Krieg, solange nicht ein festes Bündnis mit der Türkei bestände und ebenso mit allen arabischen und maurischen Herrschern. »Die Hauptsache aber wäre, daß wir wegen unserer Sozialisten keinen Mann aus dem Land nehmen könnten ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger.« Daraus zog er die Schlußfolgerung: »Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blut-

33 Vgl. Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, Akademie-Verlag Berlin 1957, S. 174 ff.

34 Die Resolution hat Eingang gefunden in Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, S. 3.

35 Vgl. Archiv. Forschungen, a. a. O., Bd. 2/I, S. XLIX.

bad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo!«<sup>36</sup>

Die Unterwerfung der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie unter die Herrschaft des Reformismus ersparte dem Kaiser solch grausames Vorgehen. Im nationalistischen Taumel des Kriegsausbruchs 1914 konnte er befreit aufatmen und versöhnlich erklären, er kenne keine Parteien mehr – nur noch Deutsche. Die SPD schloß mit den junkerlich-bourgeoisen Machthabern mit der Bewilligung der Kriegskredite einen »Burgfrieden«. Nur die russischen Bolschewiki unter Führung Lenins und nach der Überwindung ihres Schocks die Linken in der deutschen Sozialdemokratie unter Führung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts handelten im Sinne der Antikriegsresolutionen von Stuttgart und Basel. Lenin stellte die Aufgabe: »Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg!« Im gleichen Sinne sind die Losungen der deutschen Linken, die sich über die »Gruppe Internationale« zum Spartakusbund entwickelten, zu verstehen. Sie erklärten den Arbeitern »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« und forderten statt des »Burgfriedens« den »Burgkrieg«.

Die Jahre vor dem 1. Weltkrieg waren durch eine Verschärfung der Klassenkämpfe um die Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen die Versuche, die politischen Rechte der Arbeiterklasse einzuschränken, bzw. bestehende Einschränkungen zu beseitigen, gekennzeichnet. Nicht zuletzt vertiefte die permanente Kriegsgefahr alle innen- und außenpolitischen Widersprüche. Die russische Revolution von 1905-1907 gab auch dem Klassenkampf der deutschen Arbeiter einen mächtigen Auftrieb. Durch ihr Wirken in der russisch-polnischen und in der deutschen Arbeiterbewegung war Rosa Luxemburg wie niemand sonst dazu berufen, den deutschen Arbeitern die Ursachen und den Charakter der russischen Revolution zu erklären und die Lehren, die sich daraus ergaben, darzulegen. Sie trat am entschiedensten dafür ein, dem in der russischen Revolution bewährten politischen Massenstreik auch in der deutschen Sozialdemokratie als Kampfmittel zuzustimmen. Unter dem Druck der Parteibasis mußte der Jenaer Parteitag 1905 in Jena den politischen Massenstreik als Kampfmittel anerkennen. Jedoch nicht, ohne sich ein Hintertürchen offenzuhalten. Der Forderung, den politischen Massenstreik in den aktuellen Wahlrechtskämpfen anzuwenden, erteilte die Parteiführung eine Absage. Unter dem Einfluß der russischen Revolution aktivierten die deutschen revolutionären Sozialisten ihren Kampf gegen Militarismus und Krieg und für die antimilitaristische Erziehung der Jugend. Schließlich setzten Lenin und Rosa Luxemburg ihre Erkenntnis, daß die militärische Niederlage der reaktionären Machthaber günstige Voraussetzungen für die proletarische Revolution hervorrufe, in eine Ergänzung der Antikriegsresolution um, die die sozialdemokratischen Parteien auch nach Kriegsausbruch zur Fortsetzung und Intensivierung des Klassenkampfes verpflichtete. So wurden die Auswirkungen der russischen Revolution von 1905-1907 für die deutsche Arbeiterbewegung zu einem Höhepunkt in ihrer Geschichte. Doch der gewachsene Einfluß der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die in der Wahrung der Legalität die Existenzbedingung der Arbeiterbewegung sahen und den Kampf für die

36 Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, hrsg. von Franz von Stockhammer, Bd. II, Berlin 1930, S. 198.

Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung auf den Parlamentarismus beschränkten, wurden alle Erfolge im Klassenkampf zunichte gemacht. So waren die Auseinandersetzungen in der SPD um die Lehren der russischen Revolution nicht nur Höhepunkt, sondern mehr noch der Wendepunkt in der Grundrichtung der deutschen Arbeiterbewegung.